

			
<p>Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ab 2023</p> <p>Wie sollten die Direktzahlungen ab 2023 ausgestaltet werden (Degression, Kappung, gekoppelte Zahlungen, Auslauftermin ...)?</p>	<p>Die Betriebe sollen schrittweise und planbar unabhängig von den Direktzahlungen werden. Im ersten Schritt braucht es eine echte Harmonisierung mit fairem Wettbewerb und einem Level-Playing-Field im europäischen Binnenmarkt. Die Eco-Schemes müssen EU-weit verbindlich und einheitlich ausgestaltet werden. Eine einzelbetriebliche Agrarinvestitionsförderung soll ins Zentrum der GAP rücken und die flächenbezogenen Direktzahlungen schrittweise ersetzen.</p>	<p>Voraussetzungen für Direktzahlungen müssen Gemeinwohlkriterien sein. Die Linke ist gegen Kappung und Degression. Einkommenswirksame Direktzahlungen müssen die Betriebe bei der zügigen Umsetzung der gesellschaftlichen Ziele unterstützen. Zwingend dazu gehört eine an die Tierzahl gekoppelte Zahlung für die Weidetierhaltung. Die Zahlungen sind aufkommensneutral und mit einer Anreizkomponente zu gestalten, weil dynamische Veränderungen nötig sind.</p>	<p>Um den Herausforderungen zu begegnen, wollen wir alle Mittel der europäischen Agrarpolitik im Laufe dieser und der nächsten Förderperiode zielgerichtet auf die Unterstützung einer klima- und umweltgerechten Landwirtschaft ausrichten und kleinere Betriebe stärker fördern. Nur so können wir Arbeitsplätze erhalten, den Klima- und Umweltschutz in der Landwirtschaft stärken und wieder mehr Akzeptanz für die öffentliche Förderung der Landwirtschaft aufbauen.</p>
<p>Insektenschutz</p> <p>Wie lässt sich der Insektenschutz wirksam realisieren?</p>	<p>Grundlage für einen erfolgreichen Insektenschutz ist die Festlegung eines exakten Schutzguts. Die wissenschaftlich nachvollziehbaren Ziele erreichen wir nur durch Kooperation zwischen Landwirtschaft und Naturschutz. Das bestehende Miteinander darf nicht wieder aufs Spiel gesetzt werden. Innovationen im Pflanzenschutz und neue, immer spezifischer wirkende Mittel müssen stärker in den Fokus gerückt werden.</p>	<p>Grundlage eines qualifizierten Insektenschutzes ist ein transparentes, unabhängiges und umfassendes Genehmigungsverfahren für Pestizidwirkstoffe. Um den Verlust an biologischer Vielfalt zu beseitigen, müssen insektenfreundliche Anbaukonzepte und die Forschung gestärkt werden. Die Beratung für Landwirte muss unabhängig und kostenfrei sein. Notwendig sind außerdem verlässliche Anreize und die Kooperation zwischen Naturschutz und Landwirtschaft.</p>	<p>Wir Grüne wollen, dass Landwirte bessere Anreize für Insektenschutz haben, etwa für vielfältigere Fruchtfolgen und Blühstreifen, eine bessere Vergütung für den Erhalt artenreicher Wiesen und kleinflächiger Felder. Die EU-Agrarpolitik soll die Zahlung von Agrargeldern an umwelt- und insektenfreundlichere Bewirtschaftungsformen binden. Der Pestizideinsatz soll deutlich reduziert und andere Formen des Pflanzenschutzes sollen gefördert werden.</p>
<p>Bodenmarkt</p> <p>Wie können aktive und regionale landwirtschaftliche Betriebe am Bodenmarkt gestärkt werden?</p>	<p>Wir fordern die effektive Bekämpfung von Gestaltungsmissbrauch bei Share Deals. Es ist anzunehmen, dass die flächengebundenen Direktzahlungen zu erheblichen Teilen an die Verpächter durchgereicht werden, was unsere Idee einer Neuausrichtung der GAP mit einer klaren Investitionsförderung für wirtschaftende Betriebe lösen kann.</p>	<p>Share Deals müssen streng reguliert und steuerliche Privilegien durch eine quotale Grunderwerbsteuer beseitigt werden. Das Vorkaufsrecht für die Landwirtschaft muss gestärkt werden. Dazu gehört eine öffentliche Bodenbevorratung mit langfristiger Verpachtung an ortsansässige Agrarbetriebe zu fairen Bedingungen. Eine Bodenpreisbremse muss den Zugang zum Boden für Landwirtinnen und Landwirte sichern.</p>	<p>Um die Konzentration von Landflächen und den Anstieg der Kauf- und Pachtpreise zu begrenzen, braucht es die Überarbeitung des Grundstücksverkehrsrechts und eine Genehmigungspflicht für den Erwerb und die Verpachtung von Land. Anteilskäufe müssen mit einem Genehmigungsverfahren in die bodenrechtliche Regulierung aufgenommen werden. Die Besteuerungsgrenze für den Erwerb von Unternehmensanteilen ist auf 50 Prozent abzusenken.</p>
<p>Schutz vor Weidetieren</p> <p>Sollte der Wolf regulär bejagt werden können?</p>	<p>Im Deutschen Bundestag haben wir gefordert, den Wolf ins Jagdrecht zu übernehmen. Dabei soll es auch eine jagdliche Bewirtschaftung des Wolfs geben. Da inzwischen ein günstiger Erhaltungszustand gegeben ist, ist es sinnvoll, den Wolf in Deutschland als Art nach Anhang V der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie einzustufen. Zudem wollen wir einheitliche Standards für ein bundesweites Wolfsmanagement und -monitoring schaffen.</p>	<p>Nein. Ein Rechtsanspruch auf Unterstützung beim Herdenschutz ist überfällig. Bundesweit einheitliche Regelungen und Förderungen der Anschaffung, Instandhaltung und des Unterhalts von Herdenschutzmaßnahmen und -tieren sowie der Entschädigung bei Rissen schaffen Planbarkeit und Sicherheit der Weidetierhaltenden. Der Herdenschutz muss bereits vollumfassend gefördert werden, bevor der Wolf zuwandert. Besondere Regeln sollen für Sonderstandorte gelten.</p>	<p>Als streng geschützte Art unterliegt der Wolf dem EU-Artenschutzrecht. Bisher gibt es nur wenige Rudel – einen günstigen Erhaltungszustand hat er noch nicht erreicht. Wir wollen ein konfliktarmes Zusammenleben mit dem Wolf, doch das lässt sich nicht durch Bejagung, sondern nur mit wirksamen und flächendeckenden Herdenschutzmaßnahmen erreichen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese ausreichend gefördert werden und Kompensationen unbürokratisch erfolgen.</p>
<p>Zukunft der Betriebe</p> <p>Sollte die Politik versuchen, den Strukturwandel zu steuern?</p>	<p>Vor allem in der Landwirtschaft brachte der Strukturwandel neben der positiven Effizienzsteigerung und wachsenden landwirtschaftlichen Einkommen auch Schattenseiten in Form von Betriebsaufgaben mit sich. Die Politik hat durch Auflagen wie das Insektenschutzpaket dazu beigetragen. Die Maßnahmen treffen die kleinen Betriebe besonders heftig. Es wird nicht gelingen, den induzierten Druck mit pauschalen Ausgleichszahlungen aufzufangen.</p>	<p>Ja. Die Linke hält einen steuernden Eingriff der Politik für wichtig. Er muss sich zwingend am Gemeinwohl orientieren. Dazu gehört die Sicherung der Ernährungssouveränität genauso wie der Schutz und Erhalt der Lebensgrundlagen und des Klimas.</p>	<p>Die Politik steuert den Strukturwandel schon lange, doch in die falsche Richtung. Wir Grüne wollen einer vielfältigen Landwirtschaft mit möglichst vielen Arbeitsplätzen Zukunftsperspektiven eröffnen durch eine Politik, die Rahmenbedingungen und Förderung gezielt setzt für eine gesellschaftlich akzeptierte Produktion im Einklang mit Zielen des Klima-, Umwelt- und Tierschutzes.</p>
<p>Marktmacht</p> <p>Wie kann die Position der Landwirte in der Lebensmittelkette gestärkt werden?</p>	<p>Es bleibt eine Illusion, zu glauben, mit weiteren Verboten das Einkommen der Landwirte nachhaltig zu steigern. Etablierte Strukturen wie das Bundeskartellamt müssen angemessen ausgestattet und genutzt werden. Landwirte brauchen Instrumente, um sich gegen schwankende Preise eigenständig abzusichern. Die Politik muss für ein Level-Playing-Field in sämtlichen Rechtsbereichen der Lebensmittelerzeugung auf europäischer Ebene sorgen.</p>	<p>Alle unlauteren Handelspraktiken müssen generell verboten werden. Es braucht eine Verhandlung auf Augenhöhe der Produzierenden in der Lebensmittelkette. Eine Beweislastumkehr zugunsten der Landwirtschaft ist genauso wichtig wie die Einrichtung einer Preisbeobachtungs- und Ombudsstelle sowie eine Mindestpreisregelung mit Mengensteuerung. Die Linke fordert eine grundsätzliche Stärkung des Kartellrechts und – wo nötig – eine Entflechtung.</p>	<p>Vertraglich unfaire Praktiken sollten für sämtliche Akteure entlang der Lebensmittelkette gesetzlich verboten werden. Die Gemeinsame Marktorganisation ist so umzusetzen, dass der umfassende schriftliche Abschluss von Verträgen bei fester Preis- und Mengenvereinbarung verpflichtend eingeführt wird. Erzeugerzusammenschlüsse zur Abwehr von Preisen unterhalb der Kosten sollten explizit erlaubt sein.</p>
<p>Ökolandbau</p> <p>Sollte der Ökolandbau stärker gefördert werden?</p>	<p>Dem Ökolandbau per se mehr Nachhaltigkeit zuzuschreiben, wird einer differenzierten Betrachtung nicht gerecht. Wegen des signifikant höheren Flächenverbrauchs und dem Einsatz umweltbelastender Pflanzenstärkungsmittel wie elementarem Kupfer hat der Ökolandbau vielerorts das Nachsehen. Statt planwirtschaftlicher Regelungen und einseitiger Förderungen wollen wir eine Finanzierung dieser Betriebsform über den Markt ermöglichen.</p>	<p>Ja. Diese Stärkung muss aber auch im Ökolandbau die gesamte Lieferkette umfassen, also auch möglichst regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen einschließen.</p>	<p>Für eine klima-, umwelt- und tiergerechte Landwirtschaft ist der Ökolandbau ein zentrales Leitbild. Insofern ist es gleichermaßen im gesellschaftlichen wie auch im Interesse einer zukunftsorientierten Landwirtschaft, den Ökolandbau auszubauen und zu fördern.</p>
<p>Grüne Agrarpolitik</p> <p>Sind pauschale Reduktionsziele für Dünge- und Pflanzenschutzmittel sinnvoll?</p>	<p>Keineswegs. Wir stehen für Nachhaltigkeit und Umweltschutz durch Innovationen. Mit neuen Züchtungsmethoden, modernen Pflanzenschutzmitteln und Digitalisierung wird die Umwelt wirkungsvoller geschützt als durch Verbote und Flächenstilllegungen. Zielkonflikte wollen wir durch besonders klimaschützende Bewirtschaftungsformen wie die konservierende Bodenbearbeitung lösen.</p>	<p>Nein. Gebraucht wird eine standortbezogene Minimierung, die sich nicht nur auf die Menge bezieht, sondern auch auf die Gefährdung von Gesundheit und Umwelt, also zum Beispiel die Toxizität berücksichtigt.</p>	<p>Die Auswirkungen der Landwirtschaft auf Wasser, Böden, Artenvielfalt und Klima lassen sich nicht von der Hand weisen und wir brauchen Mittel und Wege, um diese zu reduzieren. Wir wollen klare, transparente und umsetzbare Vorgaben, wie viel Nitratreintrag und wie viel Pestizide unsere Umwelt noch verträgt, um Ordnungsrecht, Förderung und Forschung gezielt einzusetzen. Dazu sind Gesamt-reduktionsziele – unter Berücksichtigung unterschiedlicher Kulturen – sinnvoll.</p>

Die Antworten der Parteien auf unsere Fragen mussten wir teilweise kürzen. Alle Kürzungen und Anpassungen haben wir unter Rücksprache mit den Parteien vorgenommen.

Die hier abgedruckte Reihenfolge der Parteien richtet sich nach der Sitzverteilung im 19. Deutschen Bundestag.